

Unterzeichnung des Abkommens Marshall-Foch übergeben und von ihm angenommen. Sie ist damit also auch unsern Standpunkt als Teil des neuen Waffenstillstandsabkommens anzusehen.

Das ist die wenig erfreuliche traurige Botschaft, die ich aus Lier mitzubringen habe. Die Welt weiß, daß Deutschland einen neuen Krieg nicht führen will und führen kann, wenn man uns nicht wehlos machen kann, ehelos darf man uns nicht machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unter dem Eindruck der Mitteilungen des Ministers Erzberger schließt sich das Haus dem Vorschlage des Präsidenten Foch an, für heute auf die Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache zu verzichten, am Dienstag aber die Interpellation über die Waffenstillstandsverhandlungen auf die Tagesordnung zu setzen und damit eine allgemeine Aussprache über das neue Abkommen zu verbinden. Die allgemeine politische Aussprache wird somit erst am Mittwoch fortgesetzt werden. Die Dienstagssitzung beginnt um 2 Uhr. Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Wilson über den Völkerbund.

Die Grundzüge des Vertrages über den von jedem ehrlichen Menschen erwarteten Völkerbund, der künftiges Morgen unterzeichnet soll, haben wir bereits mitgeteilt. Es scheint, daß die Alliierten das Recht im Völkerbund ebenso auflassen, wie den „Frieden der Gerechtigkeit“, den wir in seinen Vorbedingungen mit jeder neuen Waffenstillstandsverlängerung so deutlich zu spüren bekommen.

Wie gesagt, sieht der Völkerbundsvertrag statt der Gründung eines Bundes aller Völker zunächst nur einen Bund der Ententevölker vor. Die Zulassung anderer Staaten kann nur erfolgen, wenn dem mindestens 2/3 der Delegiertenversammlung vertretenen Staaten beistimmen. Damit behält sich die Entente das ausdrückliche Recht vor, ihr mißliebige Staaten aus dem Völkerbund auszuscheiden. In dem ausführenden Rat haben sich die 5 Ententegroßmächte: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan das absolute Übergewicht gesichert. Diese 5 Staaten müssen im ausführenden Rat vertreten sein, außerdem sind noch 4 Staaten anzuzulassen, unter denen sich weder Deutschland noch Rußland zu befinden brauchen.

Das Beste an dem Entwurf ist der Ausschluß des Krieges zwischen den Bundesmitgliedern, die damit zusammenhängende Abrüstung und die allgemeine Kontrolle über Waffen und Munition, im Zusammenhang damit die Einrichtung eines internationalen Justizhofes und die Aufstellung eines sozialpolitischen Mindestprogramms. Alles dieses würde ganz ausreicht sein, wenn der Völkerbund ein absolut unparteiisches und neutrales Gebilde verkörpert. Nach der Ansicht seiner ehrlichen Gründer, wenigstens einiger von ihnen, scheint er das nicht werden zu sollen. Aber manches Ding hat sich schon anders entwickelt, als seine Gründer es beabsichtigt und vorausgesehen haben. Der Gedanke des Völkerbundes ist so gesund, daß er sich selbst aus noch nicht befriedigenden Anfängen zur vollen Reife durchsetzen wird.

Nach Havas legte in der betr. Sitzung Wilson zuerst den Zweck, die Einrichtung und die Anwendung des Völkerbundes dar, der dazu geschaffen wird, um jede Art von Zwietracht über den gemeinsamen Willen der Nationen für die Aufrechterhaltung des Friedens auf der Grundlage allseitiger Ehre und der Unverletzlichkeit internationaler Verpflichtungen zu befeitigen. Weiter sagte Wilson: „Wir glauben nicht, daß irgendeine Macht der Erde diesem Bunde widerstehen könnte, noch daß irgend ein Volk es wagen dürfte, ihm zu widersprechen. Der Völkerbund wird nicht nur für die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Nationen eintreten, sondern auch für ihr Zusammenarbeiten bei allen großen Fragen von internationalem Interesse bei Rechtsverletzungen und bei Einverleibung mehrerer Völker durch ihre Besieger.“

Wilson sagte ferner, es handelt sich um einen Bund, der für die Zusammenarbeit bei allen internationalen Angelegenheiten benutzt werden kann. „Das ist die Bedeutung der Bestimmungen über die Arbeiterfragen. Darunter befindet sich eine Menge von Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse, die sich durch Konferenzen und öffentliche Erörterungen herbeiführen lassen. Ich nehme an, daß von sehr großem Nutzen das beabsichtigte Arbeitsbureau sein wird, das der Völkerbund ausstellen wird. Während die Regierungen ein nachsichtiges Auge auf die gegenseitigen Schatzgüter richteten, während die Staatsmänner an Verfassungsfragen und große kommerzielle und finanzielle Maßnahmen gedacht haben, kommt nun, wenn ich die Zeichen recht deute, die große Masse der arbeitenden Bevölkerung in der Welt in den Vordergrund, die Männer, Frauen und Kinder, auf die die große Last der Deckung des Lebensbedarfs der Welt von Tag zu Tag fällt. Ob wir wollen oder nicht, es handelt sich um die Leute, die in die Welt gehen und aufwachen ohne den Narkose lebendiger Hoffnung.“

Ueber die Kolonialfrage sagte Wilson: „Einer der größten und befriedigendsten Fortschritte, die meiner Ansicht nach erzielt wurden, ist der, daß wir die Annexionen hilfloser Völker nun möglich gemacht haben. Es war eine der vielen betrüblichen Enttäuschungen der letzten Jahre, daß die Großmacht, die glücklicherweise eben befreit worden ist, den hilflosen Völkern einiger der von ihr annektierten Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegte. Deren Lasten lag mehr in ihrem Interesse als deren Entwicklung. Ihr Wunsch war, das Land dieser Völker für europäische Zwecke zu benutzen, und nicht, ihnen das Vertrauen einzubringen, daß die Menschheit in jenen Ländern zu dem nächsthöheren Niveau emporgehoben wird. Jetzt drückt die Welt ihr Bewußtsein in Geistesform aus und sagt: Dies ist zu Ende. Unter Gewissensdruck auf diese Dinge angewandt werden. Es werden die Staaten ausgezählt werden, die bereits gezeigt haben, daß sie imstande sind, in dieser Sache gewissenhaft vorzugehen, und unter ihrer Leitung wird den hilflosen Völkern der Welt neues Licht und neue Hoffnung gebracht werden.“

Waffenstillstand und Frieden.

Die „Weltliche Zeitung“ meldet aus Weimar: Nachdem es Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet war, erklärte Foch, daß die Frist von drei Tagen für die Kündigung deshalb von der Entente festgesetzt worden sei, weil zu erwarten sei, daß in nächster Frist die Verhandlungen über den Präliminarfrieden eingeleitet werden. Bezüglich der Kriegsgefangenen gab Foch Mitteilungen an, die Ausschichten auf eine befriedigende Lösung dieser Frage zählten.

Ein Honorer Funkpruch sagt über die Lage Deutschlands, daß bis März genügend Nahrungsmittel zur Verfügung ständen, daß aber in der Zeit bis zum Juni, vor der neuen Ernte also, die Ernährungsfrage zur Hungersnot werden könnte. Um dem entgegenzuwirken, sei der Ernährungsrat des georgischen Reiches, dem

Bedingungen würden sein die Demobilisierung der deutschen Armee, und zwar bis auf den Zustand der Friedensstärke (?) zweitens die Feststellung der Entschädigung, die Deutschland an die Alliierten zu zahlen vermöchte und drittens wäre es notwendig, Deutschland den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den Handel mit den Neutralen wieder zu ermöglichen und sich schlußlich zu werden, bis zu welcher Grenze die Blockade aufgehoben werden könnte.

Anarchie im Ruhrrevier.

Aus Essen a. d. Ruhr wird gemeldet: Im Hamborner Bezirk haben die Kommunisten die Schächte der Thyssenschen Gewerkschaft Deutscher Kaiser, sowie fünf andere Zechen stillgelegt. Die Arbeiter der Hüttenwerke in diesem Bezirk wurden gezwungen, sich dem Streik anzuschließen. — In Bruchhausen ist die elektrische Zentrale der Gewerkschaft Deutscher Kaiser von den Kommunisten besetzt. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung wird durch die Stilllegung der Zechen und Hochöfen unterbrochen. — In Mühlheim a. d. Ruhr legten die Spartakisten die Thyssenschen Betriebe still und besetzten das Verwaltungsgebäude mit zahlreichen Maschinenwerkzeugen. — Im Bochumer Revier wurde heute früh der Generallstreik proklamiert. Er richtet sich in erster Linie gegen die Heranziehung von Regierungstruppen in den Ruhrbezirk. — In Oberhausen wird ebenfalls gestreikt.

Der Streik der Bergarbeiter hat vom Hamborner und Bochumer Bezirk auf das Dortmund und Hammer Revier übergegriffen und 35 Zechenanlagen stillgelegt. In den Bergwerken, die die Spartakisten und Streikenden an vielen Orten unter freiem Himmel abhielten, wurde der Kampf gegen Ebert-Scheidemann-Roske proklamiert, sowie die sofortige Sozialisierung der Bergwerke und des Hüttenwesens verkündet. Die U- und S-Räte ersuchen die Regierung, keine Truppen zu senden. In Düsseldorf ist das Erscheinen der Zeitungen verhindert. Spartakisten haben zur Verteidigung gegen Regierungstruppen Schützengräben gezogen.

In Mühlheim besetzten um 8 Uhr bewaffnete Spartakisten und Leute der Sicherheitswehr die Portale der großen Werke und verwehrten den Arbeitern den Eintritt. Die Spartakisten besetzten außerdem das Telephon- und Telegraphenamt, sodas jeder Telephon- und Telegraphenverkehr unterbrochen ist. Eine Aufforderung zur Einstellung der Arbeit wird an alle Betriebe geschickt. Auch die Straßenbahn wird gezwungen, den Dienst einzustellen. Auch die Zeitungen wurden am Erscheinen verhindert und das Personal aus den Druckereien entzerrt.

Die Bergarbeiter-Vereine erlassen einen Aufruf an die Bergarbeiter, worin sie vor den spartakistischen Untrieben, den Generallstreik zu erzwingen, warnen und die Arbeiter auffordern, gegen das Vorgehen der Spartakisten Stellung zu nehmen. Die Bochumer Bankinstitute haben wegen der Spartakistenbewegung und deren Drohungen geschlossen.

Einigung zwischen Demokratie und Bolschewismus?

Folgende Meldung aus Moskau wurde durch Funkpruch nach Berlin übermittelt: 10. Februar, 8 Uhr abends, findet die erste Konferenz der Sowjetregierung mit der in Moskau eingetroffenen Abordnung von Mitgliedern der ehemaligen verfassunggebenden Versammlung statt.

Sobald in Moskau die allrussische Konferenz der sozialistisch-revolutionären Partei beendet, an der 30 Abgeordnete teilnahmen. Diese Konferenz nahm hinsichtlich der allgemeinen Lage eine Anzahl Anträge an, die um so bezeichnender sind, als die Mehrzahl der Abgeordneten kann der Voreingenommenheit für den Bolschewismus bezichtigt werden kann. Im Artikel 3 heißt es z. B. wörtlich: Rußland darf nur aus eigener Kraft wiederhergestellt werden. Nur ein geeintes freies Reich kann dem Lande eine natürliche Entwicklung und eine geregelte Entwicklung sichern und eine Unterwerfung unter fremdes Kapital verhindern. Die Versuche der Imperialisten in den Ententeländern, sich eines Teiles des russischen Gebietes zu bemächtigen unter dem Vorwand, Rußland zu helfen oder vor der Anarchie zu retten, bedeuten nur eine Einmischung in die inneren russischen Angelegenheiten, die den Interessen der Arbeiterklasse verhängnisvoll werden kann und die daher mit allen Mitteln abgewiesen werden muß. Die gesamte russische Demokratie fordert einstimmig das Ende der Intervention der Alliierten und die sofortige Räumung der durch die Truppen der Entente besetzten Gebiete. Die anderen Paragraphen dieses Antrages beziehen sich auf die verstärkte monarchistische Reaktion, die durch den Imperialismus der Alliierten unterstützt wird, und enthalten die Aufforderung an alle Parteiorganisationen, das Notwendige zu veranlassen, um die Sonderregierungen zu stürzen, die sich in den von den deutschen oder alliierten Imperialisten besetzten Gebieten auf Grund ihrer Sondernationalität gebildet haben. Alle diese Provinzen müßten mit Rußland wieder vereinigt werden. Diese Einigung kann nur durch gemeinsame Bemühungen der gesamten russischen Demokratie im Verein mit der sozialistischen Internationale hergestellt werden. Obwohl die Konferenz die Politik der Partei der Bolschewisten verurteilt, erklärt sie sich bereit, auf das nachdrücklichste jeden Versuch zurückzuweisen, der darauf hinstrebt, die Macht der Sowjetregierung zu stürzen und die Einigung der bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

Die Verfassung der Unabhängigen.

Die Politik der Unabhängigen hat sich niemals durch prinzipielle Klarheit ausgezeichnet. Gegen die Mehrheitspartei haben sie stets eine lärmende Opposition getrieben, aber doch niemals die sachlichen Konsequenzen ihres Widerspruches gezogen. Sie bekämpften während des Krieges die Politik der Landesverteidigung, aber ebenso entrüstet standen sie gegen den Vormarsch, die deutsche Niederlage herbeizuführen, wie das Spartakus ganz offen betrieb. Nach dem Kriege haben sie gegen die Einberufung der Nationalversammlung getobt, aber nicht als grundsätzliche Gegner derselben, sondern weil ihnen der Termin zu früh erschien. Während jetzt zwischen der Mehrheitspartei und Spartakus der erbitterte Streit darüber geht, ob die Nationalversammlung oder die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des Volkes und damit die höchste Macht im Staate repräsentieren, betreten die Unabhängigen wiederum die Bahn des Kompromisses und suchen den unlöslichen Widerspruch dadurch zu lösen, daß sie die Parole ausgeben: „Nationalversammlung und Arbeiterräte zusammen.“

Der Plan eines Zweikammersystems, das sich aus dem Unterhaus der Nationalversammlung und dem Oberhaus der Arbeiterräte zusammensetzen soll, wird jetzt von einer ganzen Reihe unabhängiger Abgeordneter

vertreten. Gleichzeitiger wettet aber die „Leipziger Volkszeitung“ gegen das Staatshaus und lamentiert daß dadurch kein Einfluß in der Kammer geschaffen worden sei.

Die Meinung, man könnte den Konflikt zwischen zwei widerstreitenden Entlemen dadurch lösen, daß man beide mechanisch zusammenklopft, erscheint etwas naiv. Das Verfahren erinnert etwas an den Mann, der da sagte: „Schokolade schmeckt gut, Knoblauch schmeckt gut, wie muß erit Schokolade mit Knoblauch schmecken.“ Silberding ist zwar so optimistisch in diesem Vorschlag die Paxis für eine Wiedervereinigung der Partei zu erblicken. Wir aber glauben daß diese Lösung weder die Anhänger des demokratischen Systems, noch die antidemokratischen Freunde der Rätediktatur befriedigen wird.

Die Spartakisten und ihr linksradikaler Anhang würden dieses Kompromiß höchstens annehmen unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß der Rätekongreß ein strategisches Fort gegen die Nationalversammlung bildet, von dem aus diese ständig unter Feuer gehalten und schließlich ganz und gar sabottiert wird. Wer gelernt hat, aus dem bisherigen Verhalten dieser Leute Schlüsse zu ziehen, der kann auch nicht einen Moment daran zweifeln, daß sie sich niemals ehrlich mit diesem Kompromiß begnügen, sondern nach Leibesträften versuchen werden, durch das Rätesystem die Nationalversammlung lahmzulegen.

Die Demokraten auf der anderen Seite werden es niemals einsehen, warum neben einem auf strengster demokratischer Grundlage gewählten Parlament noch eine berufsständisch zusammengesetzte Kammer antieren soll. Vertritt der Rätekongreß wirklich demokratischer Weise alle Arbeitenden, so ist er nur eine Kopie der Nationalversammlung, also überflüssig. Scheidet er dagegen große arbeitende Bevölkerungsteile aus, so ist er antidemokratisch und damit eine Gefahr für die friedliche Fortentwicklung. Es ist ein gar nicht mehr merkwürdiges Zusammentreffen, daß auch der Plan, das demokratische Parlament durch eine berufsständische Kammer zu kontrollieren, außer von den Unabhängigen, bisher nur von den Konservativen geäußert worden ist.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Dienstag, 18. Februar.

Achtung, Parteigenossinnen und Parteigenossen! Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Niemand fehle! Mitgliedsbuch vorzeigen!

Einheit in Freiheit.

Ein Auf und Ab, Vorwärts und Nieder, Blühen und Verblühen war die Natur seit Ewigkeit, doch das Resultat all dieser Werbungsprozesse war stets ein Vorwärts. Immer ein Neues wurde sie, immer ein anderes. Immer modifizierter und differenzierter, immer vielfältiger, immer feiner geartet wurde ihr Wesen, bis sie wurde zu dieser komplizierten Art der Gegenwart mit Baum und Strauch und Tier und Mensch. Entwicklung bedeutet Differenzierung.

Und so ist es auch Differenzierung, die der neu gewordenen Art unseres Volkszusammenlebens das Gepräge gibt. Sie schlummerte schon lange in unserer Volksseele, diese Vielgestaltigkeit der Volksnatur. In jedem einzelnen war sie geworden zu einem Drängen und Streben nach freier, ureigener Art des persönlichen Selbst. Aber eine einseitige, kalte Herrschaftskultur unterdrückte das reifgewordene persönliche Sein, wie die Rinde der Winterzeit das austretende Knospen in Blume und Baum, bis die vereinte Kraft der freien Herzen jetzt mächtiger wurde als die alte kalte Gewalt und sie zur neuen Sonne eines natürlichen freien Seins warb. Die freie politische Persönlichkeit ist außerstanden.

Soll auch die ganze Persönlichkeit frei werden, so muß die Masse der Partei folgen, die jetzt die politische Herrschaft befreit hat. Sie muß mit der Sozialdemokratie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erstreben, da diese Sozialisierung die erste Voraussetzung zu einem vollen, persönlichen Freisein ist. Ein jeder hängt mit seiner Existenz dann nicht mehr von der Gnade eines Menschen ab, dem freien Volksstaate dient er als freier Mensch. Licht und froh ist's um ihn; die Maschine, jetzt noch oft so „unrentabel“, besorgt in immer höherem Maße die mechanische Arbeit in Bureau und Werkstatt und das Glück des Ganzen ist es, das den einzelnen zur Arbeit treibt und das ihn auf dem Wege, für den ihn die Natur geschaffen, zwingt, freudig sein Bestes, sein ganzes Wissen und Können hinzugeben für das Glück dieses Ganzen.

Sozialisierung ist damit Differenzierung höchster Art, das heißt die Naturverbundenheit in ihrer für uns erkennbaren größten Vollendung. Freiheit in Einheit und Einheit in Freiheit ist die Sonne dieses neuen natürlichen Lebens und sie leuchtet herab auf jeden und alle mit ihren Strahlen der Freude und des Glücks. Dr. Gustav Hoffmann.

Die Lübecker Bürgerschaft hielt gestern abend eine zweistündige Sitzung ab. Zunächst widmete sowohl der Vorsitzende als auch der ständige Senatskommissar dem verstorbenen Senator Poschell ehrende Worte. Dann wurden einige kleinere Verfassungsänderungen beschlossen. Genosse Löwitz stimmte ihnen zu, betont aber, daß eine Revision der ganzen Verfassung notwendig sei, um der Volksvertretung die ihr gebührende Stellung einzuräumen. Dr. Wittern trat für Teilung der Macht ein. Herr H. Wape benutzte die Gelegenheit, um seinem Mißvergnügen über die Soldatenräte Ausdruck zu geben. Die Frage der Errichtung der Schwimmhalle, für die der verlorbene Senator Poschell eine Million ausgelegt hat, wurde vom Genossen Ehlers beim Senatsantrag betr. Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden angeschnitten. Hier könnte man Arbeitsgelegenheit schaffen und eine notwendige Einrichtung fördern. In der Aussprache wurde zwar allseitig den Darlegungen von Ehlers zugestimmt, zugleich aber auch mitgeteilt, daß man sich noch nicht einmal über die Platzfrage einig ist, nachdem man jahrelang darüber beraten hat!

Wie schon mehrfach bildete die Schaffung weiterer Kleinwohnungen auch diesmal wieder einen Gegenstand der Tagesordnung. Unsere Genossen traten selbstverständlich dafür ein, Genosse Henze wünscht Vorkehrungen gegen wucherliche Spekulation und kritisierte Mißstände an ausgeführten Bauten. Zur Sprache kamen ferner die vielen Pferdebeschläagen und die Fleischbänke im Rühlhause, von denen man wünscht, daß sie der Lübecker Bevölkerung zugute kommen könnten. Genosse Hoffmann wandte sich gegen die Erhöhung des Marktstandgeldes, Genosse Kadden gegen die Erhöhung der Gebühren des Beschattungswehens und verlangte schnelleres Arbeiten der Behörde bei der Erlebung von eingereichten Denkmalsentwürfen. Zur Prüfung der Beschattungsgebührenerhöhung wurde eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt.

Eine Aufforderung, die gegen den hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat vorliegenden Anschuldigungen und Gerüchte der dazu eingesetzten Prüfungskommission schriftlich zu unterbreiten, wird in der heutigen Ausgabe unseres Blattes veröffentlicht. Wir weisen darauf besonders hin.

Aufforderung!

Die Bevölkerung und Soldaten werden dringend aufgefordert, die gegen den N. und S. Mat vorliegenden Anschuldigungen und Gerüchte schriftlich zur Bekämpfung unterbreiten zu wollen.

Diese Aufschriften sind bis zum 20. Februar an den Vorstehenden Emil Pfeiffer z. St. Garnisonlazarett Lübeck zu richten.

Die Kommission zur Bekämpfung der Geschäftsführung des N. und S. Mates Lübeck.

S. H.: Unteroffizier Pfeiffer, G. Diejerve 84.
Offiziersstellvert. Jancke, S. H. 162.
Gefreiter Geicke, Sicherheitswehr.

Bekanntmachung

Auf Grund des § 3 (2) der Hafens- und Revierordnung vom 17. August 1904 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Loten am Freitag, dem 14. März 1919, vormittags 8 1/2 Uhr im Banani, Mühlendamms 10, stattfinden.

Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Vorlegung eines kurz gefaßten Lebenslaufes sowie der Befähigungszeugnisse bis zum 7. März d. J. schriftlich an das Bauamt einzureichen.

Zugelassen werden nur Reichsdeutsche, die das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsantrage als angeleitete Schiffsführer mindestens einmal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Seilande eines Lotjen befahren haben.

Lübeck, den 17. Februar 1919. (9872)

Die Baubehörde.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1918/19 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud sowie für die eingemeindeten Gebiete und die Landbezirke sind, in der Zeit vom 11. bis 20. Februar d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Verlegung eines Wohnortes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in ein Vorstad oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Veränderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 10. Februar 1919. (9244)

Die Steuerbehörde.

Regierung.

Zur Ausführung der Reichsverordnung vom 13. Januar 1919 wird für die Provinz Lübeck folgendes bestimmt:

I.
Alle Schusswaffen, sowie Munition aller Art zu Schusswaffen sind spätestens bis zum 25. d. Mts. bei den Gemeindevorständen und, soweit die Ortschaften Niendorf, Timmendorferstrand und Scharbeutz in Frage kommen, bei dem Badekommissar in Timmendorferstrand abzuliefern.

Als Schusswaffen gelten Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolver, Geschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Geschwanzgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer.

II.
Ausnahmen von der Ablieferungspflicht kann die Regierung gestatten: Jagdberechtigten können Jagdgewehre und Jagdmunition von den Gemeindevorständen oder dem Badekommissar belassen werden.

III.
Wer nach Ablauf der Ablieferungspflicht im unbesetzten Besitze von Waffen oder Munition betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Dr. Meyer.

Lübeck, den 17. Februar 1919.

Es wird hiermit gemäß § 27 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden oberbürglichen Landesversammlung zum Kenntnis gebracht, daß in der heutigen öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses für den Wahlkreis Provinz Lübeck folgende Wahlvorschläge und folgende Verbindungen derselben zugelassen werden sind:

I. Wahlvorschlag Fid.

1. Heinrich Jick, Wauer, Strodelsdorf.
2. Paul Gemmel, Lagerhalter, Gutin.
3. Johannes Kretschmer, Schlosser, Bad Schwartau.
4. Karl Frick, Zimmerer, Strodelsdorf.

II. Wahlvorschlag Steenbock.

1. Heinrich Stenbock, Bauunternehmer, Gutin.
2. Ernst Brückhammer, Landwirt, Ahrensböck.
3. Arthur Wolf, Gemeindevorsteher, Barsdorf.
4. Johannes Kleiner, Buchdruckereibesitzer, Sieverbrück.

III. Wahlvorschlag Dohm.

1. Heinrich Dohm, Dohm, Schwartau.
2. Martha Schöke, Ehefrau, Schwartau.
3. Johannes Wilsdorf, Malermeister, Wilsdorf.
4. Heinrich Wilsdorf, Mühlendehler, Gutin.

IV. Wahlvorschlag Genz.

1. Wilhelm Genz, Oberlehrer Professor Dr., Gutin.
2. Wilhelm Behrens, Oberbahnassistent, Gutin.
3. Wilhelm Schönfeldt, Hofschülermeister, Gutin.
4. Paul Hoyer, prof. Architekt, Schwartau.

An Verbindungen von Wahlvorschlägen sind zugelassen worden: die Wahlvorschläge Dohm und Genz.

In der Auswahl der Bewerber ist der Wähler befreit. Er darf nur Namen von einem einzigen der öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschläge entnehmen. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen hat nach § 41 Nr. 7 der Wahlordnung Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge. Ebenso sind Stimmzettel ungültig, die ausichtlich auf andere als die in den öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Die Verbindung von Wahlvorschlägen gemäß § 12 des Wahlgenges ist eine Verbindung zwischen den Unterzeichnern verschiedener Wahlvorschläge, daß ihre Wahlvorschläge bei der Erteilung des Wahlergebnisses den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag gelten sollen. Das Zusammengehen der Parteien ist hierbei nur ein faktisches, kein programmatisches. Die verbundenen Wahlvorschläge sind bei der Wahl selbst im einzelnen völlig selbständig.

Der Wahlausschuss für den Wahlkreis Provinz Lübeck.

Der Wahlkommissar: Br. Meyer.

Die Seiger: Christmann, Lari Fick, Hermann Schifer, Emil Hill.

RUDOLPH KARSTADT Lübeck

Statt besonderer Anzeige.

Am 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, entschied sanft nach schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Privatmann

Ignatz Cmok
im 88. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
H. Cmok und Frau,
geb. Hasselfeld,
H. Grammann und Frau,
geb. Cmok
(9861) und Enkelkinder.
Lübeck, den 18. Februar.
Marktstraße 14.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 21. Febr., nachmittags 1 Uhr 45 Min., von der Kapelle des Vorstetters Friedhofes statt.

Gesucht zu sofort
1 junges Mädchen
für leichte Arbeit im Blumen-geschäft.
Rich. Westphal,
9877) Sandstraße 14.

Reinmachefrau
gesucht.
Gewerkschaftshaus,
9850) Johannstraße.

Gesucht für od. 1. März kleine Wohnung oder Etage für einzelne Person. Angeb. unter Sch. E. an die Exp. d. Bl. (9876)

Zu verk. ein sehr gut jagendes **Albino-Frettchen** mit Zubehör. (9869) Wab. Söbberweg 10. II.

Ein paar langschafige **Stiesel** zu verkaufen. (9864) Reiferstraße 14.

Ein paar lange **Exira-Stiesel**, Größe 40, zu verkaufen. (9881) Segebergstraße 11. I.

Knaben- u. Mädchenmäntel für 7jährige Kinder zu verk. (9866) Reiferstraße 30.

1 Motettlopha preiswert (9849) Gr. Alsterdamm 3, pt.

Haus mit 3-Zimmer-Wohn- u. Stall zu kaufen gesucht. Angebots unter N. 20 an die Exp. d. Bl. (9863)

Zu kaufen gesucht ein **Klappsporthwagen** mit Verdeck. Angebot unter A R 8 an die Expedition d. Bl. (9852)

Kleiner schwarzer langhaariger **Hund** entlaufen. Vor Ankauf wird gewarnt. Gegen gute Belohnung abzugeben. (9850) Hundestraße 26.

Haarjöpfe Anfertigung von Haararbeiten
Paul Bionda, Friseur
Korenarten 5.

Der verbrecherliche Schwindel
im deutschen Weibdack. Dem deutschen Reichstag am 1. Juli 1918 vorgelegt vom Hauptmann von Beerfelde. — 60 Pfg. —
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Zahn-Praxis
Breitestr. 56
Schmerzlose Behandlung
Gummipolierapparat. (9858)

M. Marcks
Zahn-Praxis
Breitestr. 56
Schmerzlose Behandlung
Gummipolierapparat. (9858)

Geschäftsübernahme.
Dem geehrten Publikum Travemündes und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das **Restaurant Travemünder Bierhalle, Torstraße 34.** (9851) käuflich übernommen habe und bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Sachachtungsbill
Heinrich Braasch.
Den werten Gästen für das mit in so reichem Maße erwiesene Wohlwollen allerbestens dankend, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger, Herrn Heinrich Braasch, gütigst übertragen zu wollen.
Travemünde, den 19. Februar 1919.
Ergebenst
Hermann Westphal.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
c. G. m. b. H.

Wir empfehlen als der besonderen Beachtung wert:
Dr. Oetkers Tee
deutscher Herkunft, von wirklich vorzüglichem Geschmack, von echtem Tee kaum zu unterscheiden. Wer diesen Tee einmal versucht, wird ihn nicht mehr vermissen wollen.
1 Paket von 50 Gramm Inhalt nur 40 Pfg.

Getrocknete Hagebutten,
zur Herstellung von bekömmlichen und wohl-schmeckenden Suppen. 100 Gramm 1,50 Mk.

Gewürzmischung,
wirklich guter Ersatz für den jetzt so teuren Pfeffer. 10 Gramm 14 Pfennig. (9868)

Gewerkschaftshaus.
Jeden Mittwoch:
Gr. Lanztränzen.
Kolosseum.
Mittwoch, den 19. Februar:
Großer Ball.
Sonntag, den 23. Februar: (9865)
Großer Maskenball.

Fünfhausen.
Dienstag, den 18. Februar 1919:
Großer Masken-Ball
Anfang 6 Uhr. 9860 Ende 2 Uhr.

Metropol.
Bis auf weiteres der große nordische Sensations- und Kolossal-Film
6 Akte! „Carmen“ 6 Akte!
mit Harry Liedke u. Pola Negry in den Hauptrollen.
Vorführung um 4, 6 und 8 Uhr.

Moderne Schmuckstücke
Trauringe
in verschiedenen Preislagen
Johs. Tollgreve, Goldschmied
9854) 92 Bübnerstraße 92.

Extra starke Hand-
Blockwage
3-8 Reiner Tragkraft
Karl Schulmerlo
9855) Mühlent. 28.

Akademiker und Sozialdemokrat
Von Wally Zepier.
— 75 Pfg. —
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Sämtl. Schloßherren-
ionie Reparaturen an
rädern und Nähmaschinen
den sachmännlich ausgeführt
H. Krohne,
Bad Schwartau, Gutin

Rote
Speise-Wurze
— und gelbe —
Futter-Wurze
hat billig abzugeben
Ernst Franc
Bad Schwartau.

Kastenblockwage
besonders stark, billig.
Beckergrube 5 I

Hansa-Hall
Donnerstag, den 20. Feb.
Gr. Kavallerball
Anfang 6 Uhr. J. Rieck

Voranzeige.
Kaffeehaus Moislin
Sonabend
gross. Familienkränzen
Anfang abends 7 Uhr.

Turnhalle
Bauverei

General-Versammlung
am Mittwoch, den 19. Febr.
um 7/8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Zahlreiches Erscheinen erw.
(9862) Der Vorstand

Hansa-Theater
Mittwoch, abends 7 Uhr
Gastspiel (9863)
Frl. Trude Steinhagen
Die Czardastürstin
Operette von Eimerich Kalm
Donnerstag und Freitag
Das Dreimäderlhaus

Stadttheater Lübeck
Spielzeit 1918/19.
Dienstag, den 18. Februar
19. Vorstellung im Diensta-
Abonnement.
Der Barbier von Sevilla
Oper in 2 Akten v. G. Rossini
Mittwoch, den 19. Februar
Helden auf Helgoland
Donnerstag, den 20. Februar
Frau Margit.
Freitag, den 21. Februar:
Figares Hochzeit.

Vertammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Beginn 6.15 Uhr.
Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Senator B o s s e h l einen Nachruf, in dem er ihn als hervorragenden Großkaufmann und Großindustriellen pries, dem das Gemeinwohl am Herzen gelegen habe. Auch vom Senatstische aus wird des Verstorbenen gedacht. Dabei wird auch die Stiftung des Kaiser-Wilhelm-Volkshauses und des Hallenschwimmbades erwähnt, die noch für viele Generationen den Namen des Stifters rühmen werden.

1. Antrag: Hinauschiebung der Wahl eines Senatsmitgliedes.
Wird angenommen.

2. Antrag: Aenderung der Artikel 53 und 54 der Verfassung.

L ü b e c k, 17. Februar.
Vorsitzender D i m p l e r.
L ü b e c k, 17. Februar.
Wird angenommen.
3. Antrag: Aenderung der Artikel 53 und 54 der Verfassung.
L ü b e c k, 17. Februar.
Wird angenommen.
4. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
5. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
6. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
7. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
8. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
9. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
10. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
11. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
12. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
13. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
14. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
15. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
16. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
17. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
18. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
19. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.
20. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.
Wird angenommen.

Dr. W i t t e r n ist ebenfalls der Meinung, daß die Verfassung geändert werden muß, es sei aber eine Teilung der Gewalt zwischen Senat und Bürgerschaft anzustreben.

U g. B a p e fragt, wie es kommt, daß heute noch der Soldatenrat die Macht habe. Es sei Zeit, daß hier zoonome Hände eintreten.

T h i e l e rügt das schnelle Automobilsfahren der Soldatenkavataus. Es sei ein Wunder, daß noch kein Unglück geschehen sei.

Der Antrag wird angenommen.

4. Antrag: Inkrassieren der Saurordnung für das Lübeckische Staatsgebiet und des Straßenbaugesetzes für die innere Stadt und die Vorstädte.

Wird angenommen.

5. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

6. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

7. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

8. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

9. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

10. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

11. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

12. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

13. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

14. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

15. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

16. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

17. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

18. Antrag: Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden.

Wird angenommen.

ihm Schwierigkeiten zu bereiten, wie Redner an einem Beispiel darlegt.

Senat ist im Gegensatz zum Vorredner der Ansicht, daß wir mit den in Aussicht genommenen Wohnungen noch gar nicht auskommen. Wenn die privaten Bauunternehmer unterstellt werden sollen, dann muß auch eine Garantie gegen Spekulationszwecke getroffen werden. Redner kritisiert weiter die Festimmung, daß die Mieter des Gemeinnützigen Bauvereins ihr Wasser an einer Karzstelle holen müssen, während bei anderen Wohnungen diese Bestimmungen nicht angewandt werde. Erbarmisse würden dadurch nicht gemacht.

Der Antrag wird angenommen.

8. Antrag: Nachbewilligung der bei Umbau des Kuhstalles auf dem Stadteigute W i s e n s e e entstandenen Mehrkosten.

Wird angenommen.

9. Antrag: Einfriedigung der dem Allgemeinen Gottesacker gegenüberliegenden W e d d e n s t r a ß e.

Wird angenommen.

10. Antrag: Nachbewilligung auf die Mittel für die Herrichtung weiterer Räume für das Kinderheim 1.

Wird angenommen.

11. Antrag: Veräußerung der im Haushaltsplan unter Artikel 5 für die Bürgerschaft bereitgestellten Mittel um 12 000 M.

Wird angenommen.

12. Antrag: Fortführung und Umbau des Rathhauses auf dem Stadteigute W e d d e n s t r a ß e.

Wird angenommen.

13. Antrag: Verstärkung der Mittel für die Heilanstalt Strecknitz.

Wird angenommen.

14. Antrag: Verstärkung der Mittel für den Schlachthof für das Rechnungsjahr 1918.

Wird angenommen.

S c h e t e l l i g wünscht gerechtere Verteilung des Düngers und K e i l bedauert die Massenpferdebeschäftigungen auf dem Schlachthof. Es seien an einzelnen Tagen bis zu 30 Tiere geschlachtet worden, unter denen noch manch brauchbares Tier gewesen sei. In Hamburg habe man täglich sogar 400-500 Pferde geschlachtet. Redner bedauert ferner, daß man die Lagerbestände des Schlachthofes nicht dem Volke zugute kommen lasse. Im Kühlhause lauern 5000 Schweine, 5200 Rinder und 3900 Hammel dieses Fleisches. Eine Million Pfund sollte man der Bevölkerung zugute kommen lassen und nicht teilweise zur Wurst verarbeiten, wie man angraten habe.

Senator S t r a d e r erwidert, die Kühlhausbestände gehörten dem Militärverband und nicht der Kommune. Da sie zur Wurstfabrikation verwendet werden sollen, sei leeres Gerücht, ebenso, daß vieles verderben sei. Ein Unrecht habe Lübeck auf dieses Fleisch nicht, es stehe für schwach besterzte Verbände bereit und gehöre der Reichsfleischstelle.

K e i l ist der Ansicht, daß die Bestände dem Militärstatus entzogen werden müßten.

Senat ist ebenfalls für die Fleischherausgabe, um das Viehvieh zu schonen. Das viele Niederbeschlagen habe die Preise wieder gewaltig in die Höhe gedrückt.

Senator S t r a d e r betont, es halte sehr schwer, für Lübeck etwas herauszuholen, da Lübeck eine der meistbestierzten Städte gewesen sei.

T h i e l e r fragt, wo denn das Pferdefleisch bleibe. Er vermutet, daß es als Rindfleisch verkauft wird.

Vom Senatstisch wird dem widersprochen. Was die Gemeinde verlaufe, sei reines Rindfleisch.

Der Senatsantrag wird angenommen.

15. Antrag: Verstärkung der Mittel für die Lübecker Straßenbahn.

Wird angenommen.

16. Antrag: Erhöhung des Marktlandes.

H o f f tritt gegen die Erhöhung ein. Die 8000 Mark Mehreinnahmen seien für den Etat unannehmlich. Die Erhöhung würde aber eine weitere Lebensmittelpreissteigerung bringen. Die Händler würden noch mehr ausschlagen als sie zahlen müssen. In normalen Zeiten würden die Einnahmen auch bei den heutigen Tarifen wieder größer werden.

T h i e l e r ist derselben Ansicht.

Senator S t r a d e r bedeutet, daß die Unterhaltskosten weit höher seien als die Einnahmen.

Der Antrag wird angenommen, bedarf aber einer zweiten Lesung.

17. Antrag: Gewährung einer Rente an die Hinterbliebenen des Krankenpflegers August Wenzlaff.

Wird angenommen.

18. Antrag: Erhöhung der Gebühren für das Bestattungswesen.

Wird angenommen.

R a d d e n betont den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie für unentgeltliche Beerdigung und tritt für Kom-

missionsberatung ein. Ferner wünscht Redner rasche Prüfung der eingereichten Grabsteintwürfe.

Senator D r. B e r m e h r e n läßt sich über die Einwände des Vorredners aus und hebt hervor, daß man bis jetzt bestrbt gewesen sei, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Die Einwände gegen die Grabsteinunterbringung seien zur Zufriedenheit behoben worden.

S c h e i t h e r wünscht gerechtere Abstufung der prozentualen Erhöhung bei den Beerdigungskosten und empfiehlt Kommissionsberatung.

B a r b n schlägt andere Prozentaufschläge vor. Kommissionsberatung wird beschlossen.

D r. W i t t e r n wünscht sofortige Arbeit der Kommission, da sonst die neue Bürgerschaft den ganzen Antrag ablehnen werde.

Bei der Bepfehlung des vom Bürgerausschuß dem Senat in nicht unveränderter Fassung entgegengebrachter Antrag von Stellung: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Hafeninspektion von der Hafenmeisterei zu trennen und ein selbständiges Hafeninspektorat zu errichten, wünscht

H o f f, der Senat möge bald zu seinem veränderten Antrag Stellung nehmen, damit die ungünstigen Verhältnisse am Hafen endlich beseitigt werden

Da der Antrag Stellung durch den neuen von Hoff im Bürgerausschuß gestellten erledigt ist, wird der obige abgelehnt.

Schluß 8.10 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bereitete Demonstration in Berlin.

Für Sonntag hatten die Spartakisten größere Putsche geplant, die durch rechtzeitiges Eingreifen verhindert wurden. Die Berliner Blätter berichten darüber: Unter der Führung der Truppen des Roten Arbeiterbundes, den eine Maschinenengwerk-Kompanie angegliedert werden sollte, gedachte man die ganze Innenstadt systematisch zu besetzen. Unter der Führung der verhafteten Führer und Unterführer sollte gegen Abend zunächst das ganze Zeitungsviertel besetzt werden, um die Nachrichtenquellen zu unterbinden. Ferner sollte das Haupt-Telegraphenamt und andere wichtige Gebäude durch starke Truppen genommen werden. Man begnügte sich indessen nicht einmal damit, einzelne Gebäude besetzen zu wollen, man hatte den Plan ausgearbeitet, sämtliche Straßenblöcke zu besetzen, um von den Dächern den Kampf gegen die Regierungstruppen mit Erfolg zu betreiben. Jeder Block sollte eine Festung für sich sein, deren Befestigung große Truppenmassen und schwere Opfer an Blut und Material gefordert hätten. 96 Mann wurden verhaftet, unter ihnen befindet sich der Führer des Roten Soldatenbundes Fröhlich. In der Weberstraße schoß ein Soldat, der tödlich angegriffen wurde, auf den Zivilisten und traf ihn am Hals so schwer, daß er bereits auf dem Wege nach der Hilfswache in der Landsbergerstraße der Verwundung erlag.

Aus den alldeutschen Niederungen.

Die Weimarer Rede Scheidemanns hielt sich in Gedanken und Ton weit über dem Niveau durchschnittlicher parlamentarischer Reden. Vielleicht am ergreifendsten war die Stelle, an der Scheidemann die innere Tragik derjenigen schilderte, die wußten, daß Deutschland zur Niederlage bestimmt war, und es doch nicht sagen durften, weil sie dadurch die Niederlage herbeigeführt hätten. Es ist begreiflich, daß solche Gedankengänge über den Horizont der Agitationswörter der äußersten Linken wie Rechts hinausgehen. In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ irdreißtet sich einer der plattesten alldeutschen Stellen, Ehrhard Hüttig die Behauptung aufzustellen:

„Aus den Worten Philipp Scheidemanns spricht die dia-

bolische Genugtuung darüber, daß es so gekommen ist, daß Deutschland so tief darniederbeugt wurde.“

Und ein paar Zeilen später:

„Sagen wir doch nur und heraus: Herr Scheidemann und seine Freunde haben die Niederlage Deutschlands gewünscht, denn daß unser Volk zu dieser Niederlage bestimmt gewesen wäre, ist keine Behauptung, die schon rein äußerlich durch Deutschlands Verhalten in fast 4½ Kriegsjahren auf das Glänzendste widerlegt wird.“

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

19 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Auf dem Wege in das Theater bemerkte Daniela inmitten der Gruppen von Mitgliedern, die sich stets vor Beginn einer Vorstellung am Bühneneingang zusammenfanden, die Pantomimistin Frau Ehbod. Sie kannte sie ja persönlich kaum, aber dennoch so weit, um sie kollegiallich anzusprechen und um einige Worte der Auskunft bitten zu können.

Frau Ehbod, zwar nicht wenig erstaunt, küßte sich aber auch gekehrt, von der allgemein hochgeschätzten ersten Kraft des Schauspielers ins Gespräch gezogen zu werden.

„Es handelt sich, liebe Frau Ehbod,“ begann Daniela, nachdem sie einige Schritte beiseite genommen hatte, „um die bewährteste Geschichte mit der kleinen Merik, die da dieser Tage passierte. Die Mutter des Kindes, für das ich mich interessierte, äußerte, Sie wüßten jemand, der den Vorgang, wie das Kind zu Halle kam, näher beobachtet habe. Ist das so?“

„Allerdings, gnädiges Fräulein. Zwar sollte ich nicht darüber sprechen, aber na — da Fräulein Herzog auftritt und es wissen will —“

„Danke, Frau Ehbod. Würden Sie mir, wenn ich für Verta Merik eine Lanze einlege, die betreffende Person nennen und glauben Sie, daß Verlaß auf sie wäre?“

„Beides kann ich guten Muts bejahen, gnädiges Fräulein, Sie auch gleich mit der Person bekannt machen, wenn Sie wünschen.“

„D. ich würde Ihnen sehr dankbar sein.“

„Es ist nämlich der Pantomimist Pasjedag, ein zwar nur gewöhnlicher, aber trotzdem sicherer Mann, der dort steht. Sehen Sie? Er spricht gerade mit Herrn Damalsche, Ihrem Kollegen, gnädiges Fräulein.“

„So, so. Ja, wenn Sie so gut sein wollten, Herrn Pasjedag auf zwei Minuten herzubitten?“

„Gewiß.“

Frau Ehbod stand bereits neben dem Genannten und klappte ihm auf die Schulter. Der hörte ihre kurze Mitteilung, verabshiedete sich rasch von seinem Gesprächsgenossen und stand nach wenigen Sekunden schon vor Daniela, die mit büngengewandter Gebärde vor ihr verneigte. Aber seine Sprache —

Er hatte sie in keiner wenig anspruchsvollen Umwelt schon so vernachlässigt, daß ihm jetzt auch in guter Gesellschaft die Möglichkeit abging, etwas daran zu ändern. Er genierte sich förmlich, wenn er der Jargon vermeiden und einem hochdeutsch klingen wollte.

„Ergebenster Diener, Fräulein Herzog,“ sagte er. Ein „gnädiges Fräulein“ über die Lippen zu bringen, gelang ihm absolut nicht. Eher wäre er daran erstarrt. „Die Ehbod hat mir schon verkündigt, Fräulein, — um die Geschichte mit der kleinen Merik kommen Sie mir fragen. Na, es wird am Ende Kadenschläge for-

mit sehen, aber ich bin keener von de Halenküße, noch nicht, wenn sich's um de eigene Mühe dreht — Sie, Fräulein, wollen sich um Recht annehmen, un da schick ich zu Sie — ausgemachte Sache. Ja bezeugt, det's der Gadel war, der unsre kleine Ratte von sich schick. Es hat man so jespiffen. Keen Mensch behandelt so sein Hund.“

„Und das würden Sie aufrecht erhalten. Herr Pasjedag, wenn ich mich darauf beriefe?“

„Über sicher, Fräulein. Wat Emil Pasjedag gesagt hat, ist ja'n hätte ja am Ende selber schon mal Lärm getrommelt, aber so'n kleiner Zeiß wie id —! Uff unsereenen hört keen Was, un wenn wir mit de schönste Absicht kämen.“

„Nun, wir werden sehen. Sprechen Sie einstweilen noch zu keinem andren von der Sache, bis ich Sie darum ersuche. Meinen Dank für jetzt.“

Daniela grüßte freundlich, sich von Pasjedag und Frau Ehbod verabshiedend. Dann lenkte sie ihre Schritte dem Bühneneingang zu, um sich an der Tafel wegen morgiger Proben zu unterrichten.

Maxbeth, Arrangierprobe, las sie und war befriedigt, diese Sache endlich in die Wege kommen zu sehen. Die Lady, dieser gewaltige Prüßlein für die Heroine, stellte ihr eine neue herorrage Aufgabe.

Nun aber züht und ums Haus in den Zuschauerraum. Die Uhr am Museumsgebäude gegenüber zeigte bloß noch wenige Minuten bis sieben, keine Zeit war also zu verlieren.

Sich im Foyer ihrer Garderobe entledigend, traf Daniela daselbst mit Fräulein Rohland zusammen, die auch im Begriffe stand, in der Künstlerloge Platz zu suchen. Zu suchen in diesem Falle tatsächlich, denn viele Mitglieder des darstellenden Personals waren heute erschienen, um den Sohn des kanaklirates Cornelius, dieses alton, jedem wohl bekannten Beamten, aus der künstlerischen Taufe heben zu helfen.

„Fräulein Rohland, auch so fleischlich, um sich vor den Räu-bern nicht zu fürchten?“ fragte Daniela, die sich allerdings etwas wunderte, die Vertreterin der leichtbeschwingten Terpsichore einmal bei deren düsteren Schwester Melpomene zu finden.

„Sie sind mit Recht erstaunt,“ erwiderte Jenny Rohland. „Ich bin auch sonst fürs Traurige gar nicht eingenommen, Fräulein Herzog, aber Herr Cornelius als Franz. Ich schauhe ihm Interesse, nachdem er mir das seinige so nett bewiesen hat.“

„Ganz recht — mit der Audienz beim Herrn Geheimrat. Verbleib sie gut?“

„Ausgeschiedet. Herr Geheimrat versprach mir, keinen besten Schuß. Ich solle nur etwas Geduld haben und die Geschichte jetzt gehen lassen. Es komme wieder anders.“

„Sehen Sie, — keine Sorge also.“

„Diel würde ich doch dann dem Herrn Cornelius danken und —“

— und mehr als vor den Räu-bern hängt Ihnen jetzt um seinen Erfolg — verleihe ich recht?“

„Ziemlich. Ein Anfänger gegenüber solcher Bombenralle —!“

„Gewiß, das Magnis ist auch nicht gering. Ich glaube aber, daß dieser junge Will ihm gewachsen sein wird.“

„So, in der Tat?“ Jenny Rohland schien wirklich interessiert und das Gutachten Danielas ihr eine kleine Beruhigung.

Beide Damen betraten gemeinsam die Loge.

10.

„Außerordentlich interessant“, so lautete gleich am folgenden Morgen eine Kritik der hauptsächlichsten Tagespost, „gestaltete sich die gefezrige Aufführung der Räu-ber im Königlichen Hoftheater.“

Ein noch außerordentlich junger Mann, Herr Willi Cornelius, ein Kind unserer Stadt, tat, abgesehen von einem Probeispiel im benachbarten Volksberg, einer Generalprobe zuzulagen, als Franz den ersten Schritt auf die weltbedeutenden Bretter. Als Franz Moor — noch einmal sei das ausdrücklich betont als ein fühner Sprung desjenigen, der ihn tat, als ein außerordentliches Magnis derer, die als Lehrer oder sonstige Berater dem jungen Draufgänger zur Seite standen. Eine Rolle, die man gewohnt ist, ausschließlich von herangeriffen Darstellern als Resultat jahrelanger Studiums verkörpert zu sehen, und nun plötzlich in den Händen eines Neulings, war zunächst mal eine Lausache, mit der es galt sich zu befremden. Man kam mit einem Vorurteil gegen das, was man berechtigterweise ein Experiment nennen durfte, war aber sofort gezwungen, sich zu fozrigieren, als dieser Franz allen Erwartungen in negativem Sinne, allen Bedenken, die gezeugt werden konnten, strikte widersprach. Zuerst die Anstie, die Zeichnung: — häßliche Gesichtszüge, ein spärlicher, durch die Haltung klug markiert, sogar mißgestalteter Körper, ganz wie sich Franz in seiner Anstie gegen den Säpfer selbst schildert. Dazu das Wesen schleichend, aber menschenrecht, keine Spur von einem Theaterböweicht, wie uns das die abstoßende Figur oft noch im Schamer-Wiesl etwa verleidet. Bei aller Berworrenheit dieser Kanaille — sie muß interessieren, fesseln. Das aber herortzubringen, ist uns unter den derzeitigen Vertretern der Rolle kaum ein Berufener begegnet, als Herr Cornelius. Wie er das Gebärdenpiel beherrscht, jeder Whase angemessen, das Auge flammend, das Körpermaß sichtbar wachsend bei aufeinander Leidenchaft, über die er hinausgehend verfüßt, ist erstaunlich! Wenn wir den Dabitanten, den wir freudig als den unseren begrüßen würden, auf etwas in seinem Interesse hinwerfen, so ist es die Behandlung des modulationsfähigen Organs, das er im Affekt nicht bis an die Grenze der Möglichkeit anspannen sollte. Etwas weniger in dieser Beziehung wäre zu empfehlen, sonst — Willi Cornelius ist ein aufgehender Stern am Theaterhimmel, der alles besitzt, was für einen hervorragenden Charakterpieler vonnöten — vor allen Dingen auch, er ist ein Künstler mit scharfem Verstand. Die größten Aufgaben des ständigen Repertoires: Richard III., Schloß, Mephisto werden bald keine Domäne heißen. Mit ihnen wird sein Ruhm durch die Welt gehen. L. Agr.

Fortsetzung folgt.

